

Im Kapitel über *Migrationsfragen* war das Problem der Familienzusammenführung umstritten. Eine Reihe von Ländern, vor allem aus dem Süden, wollte ein formelles „Recht auf Familienzusammenführung“ in den Text einfügen. Dieser Vorstoß scheiterte an den westlichen Staaten, die in einem solchen Recht eine weitreichende Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit in der Zuwanderungspolitik erblickten. So verwies die Konferenz lediglich auf das international bereits anerkannte Recht auf Zusammenleben der Familienmitglieder. Die brisanten Fragen der Migrationspolitik werden jedoch auch weiterhin auf der globalen Agenda verbleiben. In Kairo machten sich mehrere Delegationen für eine diesem Thema gewidmete Weltkonferenz stark.

### Die Kirche muß sich intensiv an der weiteren Diskussion beteiligen

Zum Abschluß zwei Anmerkungen zum Verhalten der Kirche, eine auf die zurückliegenden Auseinandersetzungen, eine auf die Zukunft bezogen: Bekanntlich hat die katholische Kirche auf die Herausforderung von Kairo mit immensen Einsatz und großer Schärfe reagiert. Angesichts bestimmter Tendenzen des Vorbereitungsdokuments, vor allem bei der Abtreibungspolitik, war dieses Engagement vom kirchlichen Selbstverständnis her geboten. Und es hat, das wird man nicht vergessen dürfen, auch manches bewirkt; der Kairoer Delegationsleiter des Heiligen Stuhls, Erzbischof *Renato Raffaele Martino*, hat mit Grund von einem „großen

Erfolg“ gesprochen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die erheblichen Irritationen, die es zumindest in der westlichen Öffentlichkeit gegeben hat, wirklich unvermeidbar waren. Der falsche Eindruck, es gehe der Kirche um eine Fundamentalopposition, um das Kairo-Projekt als ganzes zu kippen, wäre jedenfalls wahrscheinlich nicht entstanden, wenn auch in den vielfältigen öffentlichen Stellungnahmen kirchlicher Institutionen und Amtsträger die Konzentration auf die eigentlichen Streitfragen durchgehalten worden wäre. Tatsächlich wurden in vielen Statements aber alle möglichen Problemkreise angeschnitten, nicht selten die Fragen der Empfängnisverhütung in den Mittelpunkt gerückt und der Kairoer Konferenz teilweise auch Absichten unterstellt, die durch Fakten nicht belegbar waren.

Für die künftige Entwicklung der Bevölkerungspolitik kann es von wesentlicher Bedeutung sein, daß die Kirche sich intensiv an den weiteren Diskussionen beteiligt. Das betrifft nicht zuletzt die kritische Begleitung konkreter Programme: Diese müssen am ICPD-Konzept gemessen werden. Die Kirche sollte darauf drängen, daß tatsächlich Zwang und manipulative Praktiken aus dem Bereich der Familienplanung verschwinden, daß das Prinzip der qualitativen Evaluierung von Programmen durchgesetzt wird und die Umorientierung von reinen Familienplanungsprojekten im Dienste einer umfassend verstandenen reproduktiven Gesundheit vorankommt. Mancher Fortschritt wird nur durch konfrontative Interventionen erreicht werden können; vieles hängt aber auch von einem intensiveren und konstruktiven Dialog mit Regierungen und bevölkerungspolitischen Organisationen ab.

*Ulrich Pöner*

## „Ohne Arbeit ist alles nichts“

### Fragen an den Arbeitsmarkt- und Berufsforscher Friedrich Buttler

*Wie kein anderes Thema hat die Arbeitslosigkeit und die Suche nach Auswegen den Bundestagswahlkampf beherrscht. Unzählige Befragungen zeigen, die Sorge um den Arbeitsplatz ist das dominierende Problem der Deutschen. Über die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit und mögliche Lösungsansätze, aber auch die künftige Gestaltung von Arbeitszeiten und -plätzen sprachen wir mit Friedrich Buttler, Direktor des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Die Fragen stellte Alexander Foitzik*

**HK:** Herr Professor Buttler, die jüngste Rezession in Deutschland hat zahlreiche Publikationen, Talkshows aber auch Fachkreise zu der provokanten Frage veranlaßt: Geht den Deutschen die Arbeit aus? Ist diese Frage berechtigt, kann den Deutschen wirklich die Arbeit ausgehen?

**Buttler:** Diese Frage wird nicht zum ersten Mal gestellt. Um sie zu beantworten, muß die Entwicklung seit den 50er Jahren insgesamt betrachtet werden: Nach ganz erheblicher Ar-

beitslosigkeit entstand in den 60er Jahren eine Situation der Vollbeschäftigung, ja sogar der Überbeschäftigung. Ende der 60er Jahre kam es dann zu einer ersten – heute würde man sagen –, kleineren Rezession, der drei große Rezessionen folgten: 1974/75, 1982/83, 1993/94. Nach jeder dieser drei Rezessionen wurde – und dies wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder übersehen – binnen drei bis vier Jahren das vorige Niveau der Erwerbstätigkeit wieder erreicht. Man kann also keineswegs sagen, daß die Erwerbstätigkeit

kontinuierlich zurückgegangen ist. Freilich ist das geleistete Arbeitsvolumen gemessen in Arbeitsstunden im Zusammenhang mit Wochen- und Jahresarbeitszeit sowie zunehmender Teilzeitbeschäftigung von 51,7 Milliarden Stunden 1970 auf 47,6 Milliarden 1992 trendmäßig zurückgegangen.

---

### „Es gibt durchaus eine positive Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums“

---

**HK:** Heute scheint aber der Glaube erschüttert, weiteres Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritte alleine würden zur Überwindung der gegenwärtigen Arbeitsmarktkrise ausreichen. Führt Wirtschaftswachstum nicht mehr automatisch auch zu neuen Arbeitsplätzen?

**Buttler:** Die „jobless-growth-These“, wonach Wachstum ohne Zuwachs an Erwerbstätigkeit vonstatten geht, trifft nicht zu. Es gibt durchaus eine positive Beschäftigungsintensität des Wachstums, gemessen als Erwerbstätigkeitszuwachs pro einem Prozentpunkt Wirtschaftswachstum. In Deutschland kamen in den 80er Jahren auf ein Prozent Wirtschaftswachstum ungefähr 0,24 Prozent Erwerbstätigkeitszuwachs. Dies ist auf der einen Seite ein klarer Gegenbeweis zur jobless-growth-These. Auf der anderen Seite aber zeigt sich auch an diesen Daten, daß Wirtschaftswachstum allein nicht ausreicht. Denn um eine Lösung der Beschäftigungsprobleme bei Wirtschaftswachstum und realistischen Annahmen über mögliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes zu erreichen, wäre eine höhere Beschäftigungsintensität nötig. Das Problem der gegenwärtigen Arbeitskrise liegt also weder darin, daß den Deutschen die Arbeit ausgeht, noch daß es jobless growth gibt, sondern daß die Beschäftigungsintensität des Wachstums zu gering ausfällt.

**HK:** Heißt dies, daß sich die momentane hohe Sockelarbeitslosigkeit noch weiter verfestigen und vergrößern wird?

**Buttler:** Nach jeder der drei großen Rezessionen wurde ein Arbeitslosigkeitsplateau erreicht, das sich nicht mehr auf das vorige Niveau zurückentwickelt hat. Für die Arbeitslosigkeit gilt eben nicht das gleiche wie für die Erwerbstätigkeit, daß nämlich drei bis vier Jahre nach der Rezession der vorherige Wert wieder erreicht wurde. Die Arbeitslosigkeit ging jeweils nur leicht zurück und verharrte nach jedem weiteren Anstieg auf höherem Niveau. Ich spreche lieber von einem Arbeitslosigkeitsniveau. Der Begriff der Sockelarbeitslosigkeit vermittelt die falsche Vorstellung, es handle sich hierbei insgesamt um einen starren und festen Block von Arbeitslosigkeit. Dies ist nicht richtig. Auch im Arbeitslosenbestand gibt es außerordentlich viel Dynamik. Ein Beispiel hierfür: Im Jahr 1993, in dem die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Westdeutschland auf jahresdurchschnittlich 2,27 Millionen anstieg, fand gleichzeitig ein Zugang in registrierte Arbeitslosigkeit von 4,5 Millionen statt. Das heißt also, in diesem Bestand ist eine große Bewegung, jedoch betrifft sie nicht alle.

**HK:** Wie groß ist der Anteil derer, die von der Bewegung ausgeschlossen bleiben?

**Buttler:** Hierzu gibt es eine Auswertung unseres Institutes für das Jahr 1988, deren Ergebnis aber in seiner prinzipiellen Bedeutung vom konkreten Jahr unabhängig ist. Wenn nicht nur nach der Anzahl der Arbeitslosen gefragt, sondern die Dauer der Arbeitslosigkeit untersucht und damit ein Arbeitslosenvolumen, nämlich Köpfe mal Dauer errechnet wird, zeigt sich folgendes: Ungefähr zehn Prozent der Arbeitslosen tragen 45 Prozent des Arbeitslosenvolumens. Dies ist sozusagen der harte Kern. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe von Arbeitslosen, fast 50 Prozent, die nur zwölf Prozent des Arbeitslosenvolumens tragen. Dies sind diejenigen, die sehr schnell wieder auf dem Arbeitsmarkt integrierbar sind, vorausgesetzt die Vermittlungs- und Beratungsdienste funktionieren gut. Eine mittlere Gruppe, gut 40 Prozent, vereinigt auch gut 40 Prozent des Volumens auf sich. Dies sind die Noch-nicht-Langzeitarbeitslosen, deren Abgleiten Arbeitsmarktpolitik verhindern muß.

---

### „Langzeitarbeitslosigkeit muß man schon beim Zugang entgegenwirken“

---

**HK:** Die besondere Tragik bei dem „harten Kern“ der Langzeitarbeitslosen liegt aber doch darin, daß es sich hierbei um bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern handelt, nämlich ältere, minderqualifizierte, körperlich-gesundheitlich gehandikapte, mehr und mehr auch wiederum Frauen ...

**Buttler:** Zunächst einmal ist dieses Bild nur für Westdeutschland typisch. In Ostdeutschland kann Langzeitarbeitslosigkeit jeden treffen – in dieser Umbruchsituation des Transformationsprozesses auch glänzend ausgebildete Menschen ohne die Merkmale der in Westdeutschland besonders gefährdeten Gruppen: Alter, gesundheitliche Beeinträchtigung, fehlender Abschluß einer Berufsausbildung. In diesem Transformationsprozeß sind Frauen besonders von einem höheren Verbleibrisiko in Arbeitslosigkeit betroffen. Wie wichtig es jedoch über die Ost-West-Differenzierung hinaus ist, das Bewußtsein für dieses insgesamt sehr gravierende Problem zu stärken, zeigt sich an folgenden Zahlen: Der vorläufige Höhepunkt der Langzeitarbeitslosigkeit, gemessen als Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtheit der Arbeitslosen, wurde vor einigen Jahren in Westdeutschland mit 32 Prozent erreicht. Das waren 685 000, heute sind es über eine dreiviertel Million, was einem Anteil von 31 Prozent entspricht. Ihr Anteil steigt noch an. Das volle Ausmaß, die Folgen der jüngsten, der dritten Rezession werden erst im zweiten und dritten Jahr sichtbar. Im Vergleich beträgt die Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland 34 Prozent. Sie hat sich dort sehr rasch verfestigt und bereits jetzt den westdeutschen Vergleichswert überschritten.

**HK:** Welche arbeitsmarktpolitischen Strategien greifen beim „harten Kern“ der Langzeitarbeitslosen denn überhaupt?

**Buttler:** Nach 1988, dem Jahr mit dem bis dahin höchsten Stand an Langzeitarbeitslosen, ging nicht nur die Langzeitarbeitslosigkeit zurück, der Prozentsatz der Langzeitarbeitslosen sank sogar schneller als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Die Erklärung für dieses Phänomen liegt darin, daß sich Langzeitarbeitslosigkeit eben nicht in erster Linie durch Abgang in Arbeit verringert, sondern daß der Zustrom in die Langzeitarbeitslosigkeit abnimmt. Man muß daher der Langzeitarbeitslosigkeit schon beim Zugang entgegenwirken. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik müßten gezielt die Gruppe der von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohten, also Menschen, die bereits mehr als ein halbes Jahr arbeitslos sind, fördern.

**HK:** Solche Bemühungen in allen Ehren; aber wird für die Gruppe der besonders von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen mit ihren charakteristischen Merkmalen längerfristig in der künftigen Industriegesellschaft überhaupt noch Platz sein?

**Buttler:** Dies ist ein zentrales gesellschaftliches Problem, für das gegenwärtig keine konsensfähige Lösung sichtbar ist. Deutschland ist keine Industriegesellschaft mehr und auch nicht mehr nur auf dem Weg in eine Dienstleistungsgesellschaft, sondern entwickelt sich immer stärker zu einer Informationsgesellschaft. Alles, was mit Kommunikations- und Informationstechnik zu tun hat, ist und wird beherrschender und charakteristischer. Zwar wird diese Informationsgesellschaft zugleich eine Dienstleistungsgesellschaft, auch eine produzierende Gesellschaft sein. Es wäre illusorisch zu glauben, daß Dienstleistungen unabhängig von der Produktion existieren könnten. Deutschland wird auch künftig ein Industriestandort von großer Bedeutung sein, aber in der Produktion selbst werden immer weniger Menschen arbeiten, dagegen die Tätigkeiten vor allem in den informationsvermittelnden Tätigkeiten rasant zunehmen.

**HK:** Heißt das nicht zugleich aber auch, daß in absehbarer Zeit eine stetig schrumpfende Zahl hochqualifizierter und wohl auch gut bezahlter Arbeitskräfte einer wachsenden Zahl von Menschen gegenüberstehen wird, die dem Innovationstempo und dem Leistungsdruck der Informationsgesellschaft nicht gewachsen sind?

**Buttler:** Die Entwicklung zu einer Informationsgesellschaft hat Auswirkungen auf das Qualifikationsniveau und den Qualifizierungsanspruch von Arbeitsplätzen. Auf der mittleren und der höheren Fachkräfteebene werden erheblich höhere Qualifikationen abgefordert. Mit ihrem hohen Lohnniveau kann sich die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb auch nur behaupten, wenn entsprechend hohe Produktivität erreicht wird und sie im Bereich der international handelbaren Güter und Dienste in der Lage ist, die hohen Löhne auch durch hohe Produktivität zu verdienen. Dann aber wird es wie schon jetzt viele Menschen geben, die dieses Produktivitätsniveau nicht erreichen. Sie können nicht einfach abgeschrieben werden. Die erste arbeitsmarktpolitische Strategie muß darin bestehen, sie zu qualifizieren

und auf diese Weise zu integrieren. Es wird aber auch Arbeitskräfte geben, bei denen dies nicht zu leisten ist, sei es, daß sie durch die Bildungsmaßnahmen nicht erreicht werden, sei es, daß sie diese nicht mit Erfolg abschließen können.

**HK:** Wie läßt sich vermeiden, daß eine bestimmte Anzahl von Menschen einfach abgeschrieben beziehungsweise aus dem Arbeitsprozeß herausgedrängt wird? Läßt sich strukturell verhindern, daß sie in Langzeitarbeitslosigkeit rutschen oder in ihr verbleiben?

**Buttler:** Hierzu werden gegenwärtig eine ganze Reihe Lösungsvorschläge diskutiert. Einer davon lautet, es müßten die Löhne der Produktivität dieser Menschen entsprechend heruntersetzt werden. Dann sei auch mehr Beschäftigung in einem Niedrigproduktivitätsbereich denkbar. Deutschland kann zwar nicht bei international handelbaren Gütern mit Billiglohnländern in Konkurrenz treten, aber bei nicht international handelbaren Dienstleistungen und Gütern sieht das anders aus. Grundsätzlich ist mehr Lohndifferenzierung jedoch nur möglich, wenn dafür auch die Tarifparteien gewonnen werden können. Diese aber müssen verschiedene Interessen berücksichtigen. Die der Langzeitarbeitslosen, die wieder Arbeit haben möchten ebenso wie die anderer, die nicht in den Status „arbeitender Armer“ gelangen möchten. Andererseits aber müssen die Tarifpartner auch berücksichtigen, daß von der Produktivität der Arbeitskräfte abgehobene Löhne dazu führen, daß sich Arbeitslosigkeit weiter verfestigen kann.

---

### „Die europäischen Wirtschaften brauchen ein gewisses Maß an sozialer Kohärenz“

---

**HK:** Aus diesem Dilemma wird man wohl kaum jemals herauskommen...

**Buttler:** Im Augenblick steht die Gesellschaft vor der Wahl zwischen zwei bereits beschrittenen Wegen. Ein funktionsfähiger Mittelweg ist noch nicht gefunden worden. Der eine, bereits beschrittene Weg ist der amerikanische mit einem sehr differenzierten Lohnsystem. Damit will ich nicht sagen, daß das amerikanische Wachstumswunder ein Billig-Job-Wachstum ist. Aber das große Wirtschaftswachstum ist doch einhergegangen mit einer massiven Zunahme von „arbeitenden Armen“. Der amerikanische Arbeitsminister *Robert Reich* selbst nennt in seinem jüngsten Buch die Kriterien, nach denen von „arbeitenden Armen“ gesprochen werden kann: Dann nämlich, wenn es nicht mehr gelingt eine normale Familie mit dem Einkommen einer Person mit einem Einkommen zu ernähren, das oberhalb der Armutsgrenze liegt. Der Anteil der Amerikaner aber, für die dieses Kriterium gilt, hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen.

**HK:** Schließen Sie eine solche „Amerikanisierung“ der deutschen oder auch der europäischen Wirtschaft insgesamt aus?

**Buttler:** Das wäre ein Weg, den ich nicht mitgehen wollte. Wobei dies zunächst keine wissenschaftliche Aussage, sondern ein persönliches Werturteil ist. Es lassen sich jedoch auch gute wissenschaftliche Gründe finden, warum die europäischen Wirtschaften für ihre Leistungsfähigkeit ein gewisses Ausmaß an – wie es die Europäische Union gerne nennt – „sozialer Kohärenz“ brauchen. Soziale Kohärenz selbst ist wiederum eine wichtige Grundlage für Produktivität, dafür, daß Menschen bereit sind zu lernen, sich zu qualifizieren, sich einzusetzen. Dies wird mittlerweile auch von den Amerikanern so gesehen; die Clinton-Administration und eben besonders Robert Reich haben den amerikanischen Weg selbst in Frage gestellt. Auf der anderen Seite stehen die Europäer vor dem Problem der sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit. Hier gibt es Outsider des Arbeitsmarktes, denen die Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und auch die Tarifpolitik keine ausreichenden Chancen der Reintegration bieten. Es gibt Ansätze, aber keineswegs schon den klar erkennbaren Lösungs-, den Mittelweg.

**HK:** Wo sehen sie solche, auch tarifpolitisch durchsetzbare Alternativen zu der Niedriglohnlösung, also so etwas wie mögliche Ansätze für einen „europäischen“ Weg?

**Buttler:** Zum Beispiel in der Idee von „Lohnsubventionen“ für Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik. Wenn Langzeitarbeitslose tatsächlich bei geringeren Löhnen besser zu integrieren sind, und wenn man gleichzeitig vermeiden will, daß sie dabei verarmen, könnte man durch Lohnsubventionen erreichen, daß das erwirtschaftete Einkommen, das der Produktivität entspricht und das Einkommen, das als soweit akzeptabel angesehen und insgesamt erreicht wird, differenziert betrachtet werden können. Das Einkommen soll dabei um die Subvention höher sein als das reine Markteinkommen. So ergäben sich unternehmerisch Lohnkosten, die der Produktivität entsprechen und arbeitnehmerseitig Einkommen, die den sozialen Ansprüchen unserer Gesellschaft gerecht werden.

**HK:** Wie lassen sich solche „Lohnsubventionen“ realisieren und finanzieren? Wird dieser Vorschlag nicht gar allzu schnell unter das Verdikt „leistungsfeindlich“ fallen?

**Buttler:** Die Grundidee läßt sich auf verschiedenen Wegen verfolgen. Ob man sie durch allgemeine Lohnsubventionen für Langzeitarbeitslose realisieren kann, bleibt eine offene Frage. Man muß die Folgen ökonomisch durchdenken. Lohnsubventionen könnten auch zu falschen Anreizen führen, das Arbeitsverhalten negativ beeinflussen. Empfänger könnten sich weniger anstrengen und dabei hoffen, über Lohnsubventionen dennoch ein ausreichendes Einkommen zu erlangen. Aber es sind auch andere Wege denkbar, die die Anreizstrukturen richtig setzen. Einen sehe ich darin, die Differenz zwischen Brutto und Netto zu verringern. Diese Differenz ist in Deutschland gewaltig: Durchschnittlich 85 Prozent Lohnnebenkosten kommen auf 100 Prozent Lohn. Vom Lohn wiederum entfällt rund ein Drittel auf Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und werden nicht an den Arbeitnehmer ausgezahlt.

**HK:** Welche Maßnahmen wären denkbar, um diese Differenz ohne einseitige Belastungen zu verringern?

**Buttler:** Indem man möglicherweise die Abgabenlast senkt, die direkten Steuern für diese untere Einkommensgruppe senkt, d.h. den Einstiegstarif deutlich anders gestaltet und auf der anderen Seite die Lohnnebenkosten senkt. Beispielsweise könnten die Beiträge der Arbeitslosenversicherung reduziert werden – das bedeutete also, aktive Arbeitsmarktpolitik teilweise anders zu finanzieren als nur durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Auf diese Weise käme man schrittweise zu einer Verringerung der Brutto-Netto-Differenz. Zu solchen sozial- und steuerpolitischen Entlastungen müssen aber auch tarifpolitische Überlegungen kommen. Es wäre etwa eine wichtige tarifpolitische Frage, inwieweit die Lohnnebenkosten, die nicht gesetzlich verankert sind, reduziert werden können, ohne daß dadurch für den Arbeitnehmer das Nettoeinkommen geschmälert wird.

**HK:** Nun gibt es ja auch in Deutschland Vorschläge, die – etwas vereinfacht gesprochen – schlicht für generelle Lohnsenkung plädieren ...

**Buttler:** Zumindest für zurückhaltende Lohnpolitik, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Als Wissenschaftler kann man aber Urteile über die Verteilung des Sozialproduktes letztlich nicht begründen; hier sei an Max Weber erinnert. Bei allen Vorschlägen ist zu beachten, ob sie bei der ordnungspolitischen Konstruktion in Deutschland auch von den in der demokratischen Gesellschaft handelnden Akteuren umsetzbar sind. Wenn es in Deutschland Tarifautonomie gibt und weiter geben soll, muß man die beteiligten Tarifpartner dort abholen, wo sie im tatsächlichen Tarifgeschehen stehen. Es müssen Vorschläge unterbreitet werden, die es ihnen erlauben, sich aufeinander zuzubewegen.

**HK:** Mit der Kritik an der in Deutschland zu teuer gewordenen Arbeit wird häufig zugleich beklagt, daß auch durch das geltende System der sozialen Sicherung, beispielsweise der gegenwärtigen Ausgestaltung der Sozialhilfe, wichtige Anreize zur Arbeit behindert werden ...

**Buttler:** Es gibt hier ein Phänomen, das die OECD sehr genau mit der sogenannte „Armutsfalle“ beschreibt: Jemand, der auf Sozialhilfeniveau lebt und tätig werden will und auch zunächst nur für einige Stunden Arbeit finden kann, dem wird gegenwärtig der Zusatzverdienst voll angerechnet. Ohne jetzt im einzelnen geltende sozialrechtliche Regelungen betrachten zu wollen, bedeutet dies vereinfacht einen Grenzsteuersatz von hundert Prozent. Es wird also alles „weggesteuert“. Betrachtet man das Problem unter dieser Perspektive, wird zugleich dessen Lösung sichtbar: Die Anrechnung sollte eben nur teilweise vorgenommen werden, insgesamt eher großzügig verfahren werden. Und zwar nicht, um Menschen über die Sozialhilfegrenze hinaus ein subventioniertes Dasein zu ermöglichen, sondern um sie auf diese Art und Weise wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Es muß möglich werden, daß sie sich am Arbeitsmarkt wieder bewähren können, daß der Arbeitgeber aus den wenigen

Stunden anschließend eine wirkliche Teilzeit- oder auch Vollzeitbeschäftigung macht.

**HK:** Nun gibt es doch aber auch Bereiche, wo genügend Arbeit vorhanden wäre, das Potential aber rein marktmäßig nicht aktiviert werden kann. Inwieweit können durch die öffentliche Hand finanzierte Maßnahmen zu einer besseren Verteilung von Arbeit, für neue Beschäftigungsmöglichkeiten eingesetzt werden?

**Buttler:** Etwa in Bereichen, in denen gegenwärtig ein Mangel an Arbeitskräften in dem Sinne herrscht, daß dort prinzipiell gesellschaftlich sehr vielmehr zu tun wäre, als finanziert wird, so beispielsweise im Pflegebereich oder in Teilen des Umweltschutzes. Es gibt Umweltaktivitäten – keinesfalls betrifft dies jedoch die Gesamtheit – die vom Markt her nicht zu steuern sind, wo es sinnvoll ist, öffentlichen Einsatz zu leisten. Dieser ist allerdings dort nicht sinnvoll, wo private Aktivitäten verdrängt würden wie etwa in der Produktion von hochtechnologischen Gütern, die wiederum im Umweltschutzbereich eingesetzt werden. Es kann nicht Aufgabe öffentlicher Aktivität sein, durch das Hineindringen in solche Märkte private Aktivität zu behindern – mit der Folge, daß Arbeitsplätze dort gefährdet würden. Beschäftigungs- und Strukturpolitik müssen sehr genau austariert werden. Es müssen bei all diesen Maßnahmen auch die Folgekosten berücksichtigt werden. Deren Finanzierung hat auch nicht nur einen positiven, sondern auch einen möglichen negativen Effekt auf den Arbeitsmarkt, weil dem Kreislauf Mittel entzogen werden, die andererseits für Investitionen und Beschäftigung verwendet werden könnten. Insgesamt lohnt es sich aber, in den genannten Bereichen Beschäftigung öffentlich zu fördern, wenn diese Kosten berücksichtigt werden.

---

## „Es wird sicherlich neue Arbeitszeitregime geben“

---

**HK:** In vielen Vorschlägen und Lösungsansätzen zur gegenwärtigen Arbeitsmarktkrise wird zugleich eine längerfristige, ziemlich weitreichende Umgestaltung der Arbeitswelt, der Arbeitsplätze und -zeiten angezielt. Das Zauberwort heißt Flexibilisierung, konkretere Vorschläge nennen etwa Jahresarbeitszeitregelungen, Zeitverträge, Wahlurlaubszeiten, eine insgesamt sehr viel stärkere Differenzierung zwischen Betriebszeiten und der Arbeitszeit des einzelnen. Wie werden künftige Arbeitsplätze inhaltlich und zeitlich tatsächlich strukturiert sein?

**Buttler:** Es wird sicherlich neue Arbeitszeitregime geben, auch neue Formen der Aufteilung der Lebensarbeitszeit. So betont gerade unser Institut immer wieder, wie entscheidend Fortbildung für den Qualifikationserhalt ist. Diese Weiterbildung kann jedoch nicht immer nur „on the job“, quasi nebenher laufen. Es müßte auch Phasen geben, in denen neu aufgetankt wird. Eine andere Aufteilung zwischen Erwerbsarbeit und Phasen des Weiterlernens wird daher nötig sein, zu denken wäre etwa auch an Sabbatjahr-Regelungen. Auch

wird es Jahresarbeitszeitregelungen geben in dem Sinne, daß für bestimmte Arbeitskräfte in bestimmten Branchen bei bestimmten Qualifikationen eine bestimmte Zeit im Jahr mehr als vierzig Stunden in der Woche, dann aber auch wieder deutlich weniger gearbeitet wird. Insgesamt werden Arbeitsplätze und Arbeitszeit besser aufeinander abgestimmt sein müssen. Eine entscheidende Rolle spielt hier die Teilzeit, wobei damit nicht die klassische Halbzeit- oder gar nur Vormittagsbeschäftigung gemeint ist, sondern eine zusätzliche Varietät von Formen, die sich bei Zweidrittel- bis Vierfünftelbeschäftigungen abspielen könnten. Die Vollzeittätigkeit dürfte reduziert werden – jedoch nicht so, daß mit der Teilzeitarbeit wiederum Gefährdungen entstehen, sie beispielsweise zu einem zu geringen Renteneinkommen führt.

**HK:** Sie sprechen schon die Gefährdungen an. Haben einige dieser Vorschläge nicht ohnehin den etwas schalen Beigeschmack, daß ein Notstand, nämlich der Mangel an Arbeitsplätzen, nur schöneredet werden soll?

**Buttler:** Heute würden zwar viele gerne Teilzeit arbeiten, aber immer nur unter der Bedingung, daß im Haushaltszusammenhang ein entsprechendes Gesamt- und auch Alterseinkommen erwirtschaftet wird. Bei Alleinerziehenden beispielsweise sieht dies schon anders aus. Und es gibt darüber hinaus auch für niemanden Garantien, daß sich der Haushaltszusammenhang nicht einmal auflöst. Gewiß kann Teilzeit auch eine erzwungene sein und unser Plädoyer für Teilzeit gilt nur für Menschen, die sich diese auch wirklich wünschen. Die Entwicklungen insgesamt dürfen sicherlich nicht idealisiert werden. Flexibilisierungsmaßnahmen können an die Grenze der sozialen Identität führen. Man kann nicht alles gleichzeitig flexibilisieren, weil sonst Menschen verunsichert werden. Verunsicherte Menschen aber sind weder besonders leistungs- noch lernbereit.

**HK:** Die massiven Veränderungen werden sich aber keineswegs auf die Arbeitszeiten beschränken – in welche Richtung werden sich Berufsprofile und die Gestaltung der Arbeitsplätze weiterentwickeln?

**Buttler:** Die Arbeitslandschaft wird sich auch im Hinblick auf die Inhalte der Tätigkeiten selbst ändern. Dies ist bereits dort erkennbar, wo heute neue Berufe geschaffen werden: die Arbeitsmittel ändern sich, früher vor- oder nachgelagerte Tätigkeiten werden teilweise an einen Arbeitsplatz herangezogen. Die heute typische Trennung von Arbeitsort und Wohnort könnte zumindest partiell wieder aufgehoben werden. Arbeitsplätze könnten zunehmend mobil gestaltet werden. Beispielsweise haben sich die technischen Rahmenbedingungen für Teleheimarbeit erheblich verbessert – eine Entwicklung, die vor zehn bis fünfzehn Jahren so nicht absehbar war. Schließlich arbeiten zunehmend mehr Menschen unterwegs, es sei denn, daß Videokonferenzen ihnen die Reise ersparen können. Änderungen sind aber auch in der Handwerkstätigkeit zu erwarten: Arbeiten, die von verschiedenen Handwerkern jeweils getrennt durchgeführt wurden, werden bei entsprechender Änderung der Handwerksord-

nung möglicherweise nur noch von einem angeboten werden. Der Kunde möchte die erwünschte Leistung nicht auf drei oder vier verteilen.

**HK:** Erwerbsarbeit hat immer auch eine gesellschaftliche, kulturelle Dimension. Für die meisten Menschen stellte sie – bisher jedenfalls – einen zentralen Wert ihres Lebens dar, war sie entscheidendes Vehikel zu gesellschaftlicher Anerkennung ebenso wie zu individueller Identität und Selbstwertgefühl. Wird sich auch dieser „Sinn der Arbeit“ langfristig ändern, ein ganz neues Verhältnis von Freizeit und Arbeitszeit entstehen?

**Buttler:** Es gibt eine ganz einfache Logik, die ich schon als Student von einem meiner Lehrer aufgezeigt bekam und die ich bisher in meinem ganzen Arbeitsleben bestätigt gefun-

den habe: Mit der Entleerung des Arbeitserlebnisses im Zuge von Taylorismus und Arbeitszerlegung geht auch eine Entleerung des Freizeiterlebnisses einher. Zumindest bestehen Parallelitäten: Menschen, die ihre Arbeit nicht aktiv gestalten können, sind auch nur eingeschränkt fähig, ihre eigene Freizeit aktiv zu gestalten. Die Freizeitgesellschaft kann nicht als Ersatz für die Funktionsprobleme der Erwerbsgesellschaft erhalten. Es wäre darüber hinaus ein Irrtum anzunehmen, Erwerbsarbeit spiele insbesondere bei jungen Menschen allgemein eine geringere Rolle. Sie wird auch für die nächsten Jahrzehnte einen zentralen Stellenwert in unserer Gesellschaft behalten. Mit einer einfachen Formel ausgedrückt: Es ist zwar nicht so, daß Erwerbsarbeit alles ist, aber an Langzeitarbeitslosen kann man doch deutlich sehen, daß ohne Arbeit alles nichts ist.

# Einspruch und Bekräftigung

## Schreiben der Glaubenskongregation und Brief der Bischöfe von Freiburg, Mainz und Rottenburg-Stuttgart zu wiederverheirateten Geschiedenen

*Am 14. Oktober veröffentlichte die Glaubenskongregation ihr vom 14. September datiertes „Schreiben an die Bischöfe der katholischen Kirche über den Kommunionempfang von wiederverheirateten geschiedenen Gläubigen“. Veranlaßt wurde dieses Schreiben durch die im Herbst 1993 vorgelegten Grundsätze der drei Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenprovinz zum seelsorglichen Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen (vgl. HK, September 1993, 460 ff.). Die Bischöfe von Freiburg, Mainz und Rottenburg-Stuttgart äußerten sich zum Schreiben der Glaubenskongregation mit einem ebenfalls am 14. Oktober veröffentlichten Brief an die in ihren Diözesen hauptberuflich in der Seelsorge Tätigen. Hier die beiden Dokumente im Wortlaut (vgl. auch ds. Heft, S. 545).*

### Das Schreiben der Glaubenskongregation

1. Das Internationale Jahr der Familie bietet eine wichtige Gelegenheit, die Zeugnisse der Liebe und der Sorge der Kirche für die Familie wiederzuentdecken<sup>1</sup> und zugleich die unschätzbaren Reichtümer der christlichen Ehe, die das Fundament der Familie bildet, erneut vorzulegen.
2. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die Schwierigkeiten und Leiden jener Gläubigen, die sich in einer irregulären ehelichen Situation<sup>2</sup> befinden. Die Hirten sind aufgerufen, die Liebe Christi und die mütterliche Nähe der Kirche spüren zu lassen; sie sollen sich ihrer in Liebe annehmen, sie ermahnen, auf die Barmherzigkeit Gottes zu vertrauen, und ihnen in kluger und taktvoller Weise konkrete Wege der Umkehr und der Teilnahme am Leben der kirchlichen Gemeinschaft aufzeigen<sup>3</sup>.
3. Im Wissen darum, daß wahres Verständnis und echte

Barmherzigkeit niemals von der Wahrheit getrennt sind<sup>4</sup>, haben die Hirten die Pflicht, diesen Gläubigen die Lehre der Kirche bezüglich der Feier der Sakramente, besonders hinsichtlich des Kommunionempfangs, in Erinnerung zu rufen. In diesem Anliegen wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Gegenden unterschiedliche pastorale Lösungen vorgeschlagen, denen zufolge zwar eine allgemeine Zulassung der wiederverheirateten Geschiedenen zur heiligen Kommunion nicht möglich wäre, sie aber in bestimmten Fällen zum Tisch des Herrn hinzutreten könnten, sofern sie sich in ihrem Gewissensurteil dazu ermächtigt hielten. So zum Beispiel, wenn sie ganz zu Unrecht verlassen worden wären, obwohl sie sich aufrichtig bemüht hätten, die vorausgehende Ehe zu retten, oder wenn sie von der Ungültigkeit ihrer vorausgehenden Ehe überzeugt wären, dies aber im äußeren Bereich nicht aufzeigen könnten, oder wenn sie schon einen